



SCHWEIZERISCHE GESANDTSCHAFT
IN OESTERREICH

WIEN III, 3. November 1953.

Prinz Eugenstrasse 7
Telephon Nr. U 13500

Aktenzeichen Unser
Ihr

I/ts

POLITISCHER BERICHT No. 16

Das Nichteinhalten der
Moskauer Erklärung vom
1. November 1943.

Herr Bundesrat,

Die Regierung und die Volksvertretung Oesterreichs lassen keine Gelegenheit vorübergehen, um der Weltöffentlichkeit eindringlich das Unrecht kundzutun, das dem österreichischen Land durch die Fortdauer des Besetzungszustandes zugefügt wird, und gegen welches das Weltgewissen anzurufen einziges Mittel des Machtlosen bleibt. So ist auch der Jahrestag, an dem die Moskauer Willenserklärung der Besetzungsmächte zur Wiederherstellung eines freien und unabhängigen Oesterreichs sich zum zehnten Mal gejäht hat, zum Anlass genommen worden, vor allem diesen vier Grossmächten in Erinnerung zu bringen, dass ihr feierlich gegebenes Wort ohne Schuld Oesterreichs bisher nicht eingelöst worden ist. Der gewählte Augenblick war umso geeigneter, als die Stellungnahme Sowjetrusslands zu der Einladung der Westmächte, das österreichische Problem in einer Konferenz der Aussenminister endlich einer Lösung entgegenzuführen, unmittelbar bevorsteht. Die eindrückliche Kundgebung erfolgte in dreifacher Form: Am 30. Oktober in einer Arbeitsniederlegung der Arbeiter von fünf Minuten, während welcher der Präsident des Gewerkschaftsbundes über den Rundfunk einen Appell an die verantwortlichen Staatsmänner der Alliierten richtete, sowie in einer Sondersitzung des Parlaments mit grossangelegter Regierungserklärung, und ferner, am 31. Oktober, am Vorabend von Allerheiligen und Allerseelen, in einer denkwürdigen Rundfunkrede des Bundespräsidenten. Es ist bemerkenswert, dass die kommunistische Partei bei diesen Manifestationen sich nicht abseits gehalten hat, wenn sie sich auch bemühte, die Schuld an der Verzögerung einer fehlerhaften österreichischen Aussenpolitik zuzuschreiben.

Herrn Bundesrat Dr. Max PETITPIERRE,
Vorsteher des Eidgenössischen Politischen Departements,

B e r n .

Es wird gebeten, Anfragen das Rückporto beizufügen und unsere Aktenzeichen zu wiederholen



Sowohl Bundeskanzler RAAB, als auch Bundespräsident KOERNER hoben in ihren Erklärungen besonders die Verantwortung hervor, deren sich die Mächte nicht entziehen können, welche im Jahr 1938 dem deutschen Einmarsch in Oesterreich tatenlos zugeschaut haben.

Raab ging in einer eingehenden Analyse mit der widerspruchsvollen Formulierung der Moskauer Deklaration ins Gericht, die einerseits Oesterreich als das erste Opfer der Aggressionspolitik Hitlers bezeichnete, andererseits aber erklärte, dass das gleiche Oesterreich für die Teilnahme am Krieg an Seiten Hitler-Deutschland's eine Verantwortung trage, der es nicht entinnen könne. Er verwies mit Nachdruck auf die zehntausende aufrechter Oesterreicher, die ihren Kampf um ein freies Oesterreich mit Haft, Konzentrationslager, ja mit dem Leben büßen mussten, während andere zehntausende sich in einer Freiheitsbewegung zusammengeschlossen hatten. Der österreichischen Bevölkerung habe sich nunmehr, nachdem das Moskauer Versprechen noch immer nicht erfüllt sei, eine Ernüchterung, ja eine Verbitterung bemächtigt. Zehn Jahre Warten sei auch für ein geduldiges Volk zuviel, auch diese Geduld gehe einmal zu Ende. "Es ist leider Tatsache, rief Raab aus, dass unser Land ein Faustpfand in den Händen der Grossmächte geworden ist und dass keine von ihnen, sei es aus strategischen, sei es aus Prestigegründen, die Besetzung aufgeben will. Wir aber können uns mit einer Mentalität, die zivilisierte Völker zu Faustpfändern macht, nicht abfinden."

Die Rede gipfelte in der Erklärung, dass ein freies Oesterreich seine Politik auf der Notwendigkeit der internationalen Zusammenarbeit abstimmen werde. "Wir wollen am Beratungstisch der Vereinten Nationen als gleichberechtigter Partner Platz nehmen und unsern Beitrag zur Erhaltung des Friedens und zur Hebung des allgemeinen Wohlstandes leisten. Wir werden es niemals zulassen, dass Oesterreich als Sprungbrett für irgendwelche kriegerische Aktionen missbraucht wird. "

Von den Vertretern der Parteien sprach in der Parlamentssitzung als erster der Kommunist Ernst FISCHER, der ausführte, dass Oesterreich, um die Moskauer Deklaration in die Tat umzusetzen, sich von der einseitigen Verstrickung mit dem Westen lösen und eine Politik

PB No. 16/ 3.XI.1953

striker Neutralität befolgen müsste. Die Sowjetunion wolle nur, dass Oesterreich nicht zu einem Sprungbrett fremder Mächte werde. "Was heisst denn eigentlich Neutralität? Neutralität heisst: Verzicht auf jegliche Bindung, durch die unsere nationale Entscheidungsfreiheit aufgehoben oder eingeschränkt wird, Absage an jene, die unser Land, unter welchem Vorwand immer, in ein militärisches und politisches Bündnissystem gegen irgendein Mitglied der UNO einbeziehen wollen. Wir wollen als freier, unabhängiger Staat der UNO angehören, aber wir sollen uns hüten, an irgendeinem anderen Paktsystem, heisse es Atlantikpakt, heisse es Europäische Verteidigungsgemeinschaft, teilzunehmen. Jedes solche Paktsystem steht im Widerspruch zur Neutralität, aber auch zur Charta der Vereinten Nationen. - Neutralität bedeutet ferner, dass wir uns handelspolitisch nicht durch fremde Interessen binden lassen, dass wir unseren Aussenhandel nicht abhängig machen von den strategischen Forderungen fremder Staaten, sondern dass wir auf der Grundlage der Gleichberechtigung mit allen Staaten Handel treiben. Die künstliche Drosselung des Osthandels widerspricht nicht nur den Grundsätzen der Neutralität, sondern auch den Erfordernissen der österreichischen Wirtschaft. "

Diese kommunistische Definition des Neutralitätsbegriffs antbehrt nicht des Interesses und verdient auch vom schweizerischen Standpunkt aus entsprechend gewürdigt zu werden.

Der sozialistische Redner PITTERMANN hob zwar vor allem die Leistung seiner Partei im Kampf um die Befreiung Oesterreichs hervor, sprach aber der Einigkeit und loyalen Haltung der Koalitionsparteien in der Führung der österreichischen Aussenpolitik das Wort. Er stellte u.a. die Forderung auf, dass sich die österreichische Verwaltung in der Durchführung von Gesetzen nicht mehr durch ein alliirtes Veto beirren und einengen lassen solle.

Für die Wahlpartei der Unabhängigen sprach STAENDEBACH, der erklärte, dass die völlige Souveränität Oesterreichs de jure von den Alliierten und allen Staaten der Welt ausdrücklich anerkannt und durch Entsendung diplomatischer Missionen bekräftigt worden sei. Es bestehe deshalb kein Rechtsgrund zur

PB No. 16/ 3.XI.1953

Aufrechterhaltung der Besetzung und keine Veranlassung, um einen Staatsvertrag zu bitten. Er betonte namentlich, dass seine Partei von der uneingeschränkten Souveränität auch nur das Geringste sich nicht werde abhandeln lassen. In dieser Feststellung liegt wohl die Ankündigung verborgen, dass die WdU jeder Neutralitätspolitik und vermutlich auch dem Verbot des Anschlusses an Deutschland sich widersetzen wird.

Der letzte Sprecher in der parlamentarischen Diskussion, der Vertreter der Österreichischen Volkspartei MALETA, appellierte besonders an die westlichen Freunde, die österreichische Situation nicht mit dem Masstabe ihres eigenen Landes zu messen, sondern den geschichtlich gewordenen Verhältnissen in Oesterreich und dessen Lage zwischen Ost und West gebührend Rechnung zu tragen. "Oesterreich hat ein Interesse, eine echte, im Sinne der überlieferten völkerrechtlichen Auffassung gemeinte Neutralitätspolitik zu betreiben, aber es lehnt jede Form des sogenannten "Neutralismus", also des Gewährenlassens einer innerpolitischen kommunistischen Infiltration, ab, weil wir zwar den Staatsvertrag wollen, aber ihn nicht um den Preis einer Gleichschaltung erkaufen dürfen. Wir sind jedoch überzeugt, dass gerade jetzt, in diesem aussenpolitischen Bewegungskrieg, möglicherweise eine Situation eintreten kann, in der die Sowjetunion am Abschluss des Staatsvertrages interessiert sein könnte."

Er schloss mit den Worten: "ohne Oesterreich wird der Friede, den die ganze Menschheit ersehnt, nicht entstehen und bestehen. Mit einem freien Oesterreich kann die Welt sich selbst auch den Frieden schenken."

Der österreichische Ausserminister GRUBER war bei der Sitzung nicht zugegen, da er an der Tagung der OECE in Paris weilte. Er hat bereits am 15. Oktober in der amtlichen "Wiener Zeitung" einen Aufsatz veröffentlicht, in dem er eine Art Zwischenbilanz über die aussenpolitische Lage Oesterreichs zog. Es nahm darin auch ^{zu} dem Begriff "Neutralität" Stellung, mit dem, wie er erklärte, oft Schindluder

5)

PB No. 16/ 3.XI.1953

getrieben werde. Neutralität im völkerrechtlichen Sinne, führte er aus, könne überhaupt nur im Zusammenhang mit möglichen Konflikten verstanden werden. Nichtteilnahme an militärischen Allianzen involviere diese völkerrechtliche Neutralität. Damit habe es aber auch sein Bewenden. Oesterreichs Verfassung bleibe demokratisch, seine Anschauungen frei und seine internationalen Bewegungsmöglichkeiten sonst unangetastet.

Im Hinblick auf bevorstehende diplomatische Verhandlungen und Erörterungen über Oesterreich dürfte den oben wiedergegebenen Erklärungen der Regierungs- und Parteienvertreter besondere Bedeutung zukommen, weshalb ich nicht unterlassen wollte, sie in etwelcher Ausführlichkeit Ihnen zur Kenntnis zu bringen.

Genehmigen Sie, Herr Bundesrat, die Versicherung meiner ausgezeichneten Hochachtung.

DER SCHWEIZERISCHE GESANDTE
IN OESTERREICH

